

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 7

Ausgegeben in München am 15. April 2005

Jahrgang 2005

Inhalt

Seite

I. Rechtsvorschriften

Sechste Verordnung zur Änderung der
Hochschulgebührenverordnung 118

II. Bekanntmachungen der Bayeri- schen Staatsministerien für Un- terricht und Kultus und Wissen- schaft, Forschung und Kunst

Richtlinien für die Förderung der sport-
lichen Betreuung behinderter Schüler in
Bayern 119

Zulassung von Lernmitteln 124

III. Bekanntmachungen der Bayeri- schen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen —

I. Rechtsvorschriften

2210-1-1-9-WFK

Sechste Verordnung zur Änderung der Hochschulgebührenverordnung

Vom 11. Februar 2005 (GVBl S. 43)

Auf Grund des Art. 85 Abs. 5 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Erhebung von Gebühren für das Studium von Gaststudierenden, das weiterbildende Studium und das Zweitstudium an den staatlichen Hochschulen (Hochschulgebührenverordnung – HSchGebV) vom 7. März 1994 (GVBl S. 165, BayRS 2210-1-1-9-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. September 2003 (GVBl S. 751, ber. S. 833), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Verordnung werden nach den Worten „Erhebung von“ die Worte „Langzeitstudiengebühren sowie“ eingefügt.
2. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 3 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
 - b) Es wird folgende Nr. 4 angefügt:

„4. Studentinnen und Studenten, die die Regelstudienzeit um mehr als drei Semester überschreiten.“
3. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 3 wird der Betrag „50,— €“ durch den Betrag „100,— €“ ersetzt.
 - b) Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Langzeitstudiengebühr und die Gebühr für das Zweitstudium betragen jeweils 500,— € pro Semester.“
4. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nr. 3 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

bb) Es wird folgende Nr. 4 angefügt:

„4. Studierende, die an Hochschulen auf Grund von § 59 Abs. 2 Satz 1 letzter Halbsatz der Qualifikationsverordnung immatrikuliert sind.“

b) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) ¹Von der Erhebung von Langzeitstudiengebühren wird auf Antrag abgesehen, wenn die Studentin oder der Student beurlaubt ist oder die Erhebung zu einer unbilligen Härte führen würde. ²Eine unbillige Härte liegt insbesondere vor bei

1. studienzeitverlängernden Auswirkungen einer Behinderung oder chronischen Erkrankung,
2. Studienzeitverlängerungen auf Grund der Betreuung eines Kindes unter 15 Jahren,
3. Studienzeitverlängerungen auf Grund der studentischen Mitwirkung in Kollegialorganen der Hochschule.

³Abs. 3 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.“

5. In § 4 Abs. 3 werden die Worte „Gebühr für ein Zweitstudium ist“ durch die Worte „Langzeitstudiengebühren und die Gebühr für ein Zweitstudium sind“ ersetzt.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. März 2005 in Kraft.

(2) ¹Langzeitstudiengebühren sind erstmals zum Wintersemester 2005/2006 zu erheben. ²§ 1 Nr. 3 Buchst. a ist erstmals auf die Gebührenerhebung zum Wintersemester 2005/2006 anzuwenden.

München, den 11. Februar 2005

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2271-UK

Richtlinien für die Förderung der sportlichen Betreuung behinderter Schüler in Bayern **Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus** **vom 1. April 2005 Nr. V.5–5 K 7852–3.25 105**

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus gewährt nach Maßgabe der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen staatliche Leistungen für die Förderung der sportlichen Betreuung behinderter Schüler in Bayern. Die nachfolgenden Richtlinien treten an die Stelle der VV zu Art. 44 BayHO.

Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

- 7.2 Antragsunterlagen
- 7.3 Antragsfrist
- 8. Bewilligung und Abwicklung
 - 8.1 Verfahren auf Ministerialebene
 - 8.2 Verfahren auf Verbandsebene
- 9. Abrechnung
 - 9.1 Verwendungsnachweis
 - 9.2 Verwaltungsprüfung
 - 9.3 Rechnungsprüfung
- 10. Schlussbestimmungen
 - 10.1 Aufgabenübertragung
 - 10.2 Änderung der Vorschriften
 - 10.3 In-Kraft-Treten

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Beschreibung des Förderbereichs

- 1. Zweck der Förderung
- 2. Gegenstand der Förderung
- 3. Förderungsempfänger
- 4. Förderungsvoraussetzungen
 - 4.1 Persönliche und personelle Voraussetzungen
 - 4.2 Andere Voraussetzungen
- 5. Art und Umfang der Förderung
 - 5.1 Art der Förderung
 - 5.2 Förderungsfähige Kosten und Höhe der Förderung
- 6. Konkurrenzregelung
 - 6.1 Mehrfachförderung
 - 6.2 Mischfinanzierung
 - 6.3 Rehabilitationsträger

II. Verfahren

- 7. Antragsverfahren
 - 7.1 Antragsberechtigung

I. Allgemeine Beschreibung des Förderbereichs

1. Zweck der Förderung

Behinderte Schüler sollen als Ersatz oder Ergänzung des verbindlichen Sportunterrichts der Schulen in Bayern unter fachlicher Leitung und ärztlicher Überwachung eine besondere sportliche Betreuung erhalten.

Diese Aufgabe ist dem Bayerischen Versehen-Sportverband e.V. im Bayerischen Landes-Sportverband – Fachverband für Sport treibende Behinderte – (BVS) übertragen, der diese Schüler in Übungsgruppen zusammenfasst.

Er wird von allen Schulen und Gesundheitsämtern unterstützt. Auch Ärzte, Krankenanstalten, Heime für Behinderte, Einrichtungen des Bayerischen Jugendrings und der Jugendverbände, Sportvereine, kirchliche und soziale Einrichtungen sowie insbesondere die kommunalen Körperschaften sind zur Mithilfe bei dieser Aufgabe aufgerufen. Hierzu zählt vor allem die kostenlose Bereitstellung von Sportstätten und Unterrichtsräumen für Schulsportzwecke, wozu die kommunalen Körperschaften als Träger des schu-

lischen Sachaufwands ohnehin verpflichtet sind (vgl. Art. 3 und 8 BaySchFG).

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden in Schulsportarten Übungsveranstaltungen und Lehrgänge, die der BVS zur Erledigung des in Nr. 1 genannten Zwecks und Auftrags regelmäßig für behinderte Schüler durchführt bzw. durch die ihm angeschlossenen Versehrtensportvereine/Versehrtensportgruppen in Sportvereinen (örtliche Träger) durchführen lässt, sowie Vergleichswettkämpfe unterhalb der Bezirksebene, die in Absprache mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus durchgeführt werden.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus kann auf Antrag des BVS weitere Sportarten in die Förderung einbeziehen.

3. Förderungsempfänger

Der BVS ist Empfänger der staatlichen Förderungsleistungen. Er gibt die staatlichen Förderungsbeträge im Rahmen dieser Richtlinien an die örtlichen Träger weiter.

4. Förderungsvoraussetzungen

4.1 Persönliche und personelle Voraussetzungen

4.1.1 Die Beteiligung der behinderten Schüler an den Übungsveranstaltungen ist freiwillig. Die vorherige schriftliche Einwilligung der Erziehungsberechtigten muss bei Minderjährigen vorliegen.

4.1.2 Zur Durchführung der Übungsveranstaltungen dürfen nur für die Aufgabe geeignete und vom BVS als solche anerkannte Übungsleiter eingesetzt werden.

Auf einen Übungsleiter sollen in der Regel nicht mehr als fünf bis zehn behinderte Schüler treffen, bei Schwerstbehinderten drei bis fünf.

4.1.3 Die Übungsveranstaltungen müssen von einem Sportarzt laufend überwacht werden. Vor Aufnahme in eine Übungsgruppe hat der überwachende Sportarzt für jeden Schüler ein Sporttauglichkeitsattest auszustellen. Der Sportarzt muss bei jeder Übungsveranstaltung – je nach ärztlicher Notwendigkeit – anwesend oder fernmündlich abrufbereit sein.

4.1.4 Die überwachenden Sportärzte und Übungsleiter sind durch Lehrgänge des BVS für den Sport mit behinderten Schülern auszubilden und in ihre Aufgaben einzuweisen. Die Ausbildung kann auch durch spezielle Kurse der Landesuniversitäten bzw. – sofern es sich um schulisches Lehrpersonal handelt – im Rahmen der staatlichen Lehrerfortbildung erfolgen.

4.2 Andere Voraussetzungen

4.2.1 Die Übungsveranstaltungen dürfen nur in Sportstätten durchgeführt werden, die für die Behinderungsarten der Mitglieder der jeweiligen Übungsgruppen geeignet sind.

4.2.2 Zur Durchführung der Übungsveranstaltungen müssen auch neben der Sportgerätegrundausrüstung die zusätzlich für Behinderte notwendigen besonderen Geräte und Lehrmittel vorhanden sein.

Auf Nr. 5.2.2 wird hingewiesen.

4.2.3 Eine Übungsveranstaltung soll in der Regel die Dauer von 2 Unterrichtsstunden (= 90 Minuten) erreichen, aber nicht übersteigen. Für jeden Schüler kann in einer Woche die Teilnahme an höchstens zwei Übungsveranstaltungen im Sinne dieser Richtlinien gefördert werden.

4.2.4 Die Ausführungen in Nr. 4.2.1 und 4.2.2 gelten auch für Vergleichswettkämpfe behinderter Schüler.

5. Art und Umfang der Förderung

5.1 Art der Förderung

Die Förderung des Staates wird als projektbezogene Leistung im Wege der **Festbetragsfinanzierung** gewährt. Förderungsprojekte sind Übungsveranstaltungen, Ausbildungs-, Fortbildungs- und Einweisungslehrgänge sowie Vergleichswettkämpfe, auf die die Förderungsvoraussetzungen zutreffen.

5.2 Förderungsfähige Kosten und Höhe der Förderung

Aus den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln für Zwecke des Schulsports (Kap. 05 04 TG 90) können folgende Kosten bestritten werden, soweit die Förderungsvoraussetzungen gegeben sind:

5.2.1 Mieten für Sportstätten und Unterrichtsräume einschließlich Heizung, Beleuchtung, Reinigung usw. im erforderlichen Umfang, soweit nicht kostenlose Nutzung möglich ist (vgl. Nr. 1);

5.2.2 Beschaffung von besonderen Sportgeräten und Lehrmitteln (vgl. Nr. 4.2.2);

Art und Umfang der besonderen Sportgeräte und Lehrmittel werden vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus festgelegt;

5.2.3 bei Übungsveranstaltungen (Einzugsbereich: 30 km Luftlinie vom Übungsort) und bei Vergleichswettkämpfen

5.2.3.1 Fahrtkosten

- für teilnehmende behinderte Schüler
- für Sportärzte und Übungsleiter

bis zur Höhe der Bundesbahnfahrpreise II. Klasse zuzüglich der erforderlichen Aufwen-

dungen für Zu- und Abgang unter Ausnutzung möglicher Fahrpreisermäßigungen;

5.2.3.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung anstelle von Nr. 5.2.3.1 nach den jeweils geltenden Sätzen und Bestimmungen des Art. 6 Abs. 1 und 3 BayRKG (sinngemäße Anwendung);

5.2.3.3 Aufwendungen für gemietete Sammelnibusse, wobei davon auszugehen ist, dass gemietete Sammelnibusse dann eingesetzt werden dürfen, wenn diese Beförderungsart billiger ist als Nr. 5.2.3.1 bzw. Nr. 5.2.3.2 oder wenn Fahrtmöglichkeiten nach Nr. 5.2.3.1 bzw. Nr. 5.2.3.2 nicht bestehen (Vergleichberechnung, erläuternde Feststellung);

5.2.3.4 Aufwendungen für vereinseigene Fahrzeuge und zwar je gefahrenen Kilometer eine Pauschale von 0,55 EURO, wobei gewährleistet sein muss, dass diese Beförderungsart unter Berücksichtigung der vergütungsberechtigten Teilnehmer nicht teurer sein darf als die unter Nr. 5.2.3.1 bzw. Nr. 5.2.3.2 genannte Regelung (Vergleichberechnung);

5.2.3.5 Honorare für betreuende Übungsleiter und in den Übungsveranstaltungen anwesende Sportärzte in Höhe von 7,- EURO je vollendete Unterrichtsstunde (= 45 Minuten), höchstens jedoch 14,- EURO je Übungsveranstaltung;

5.2.3.6 Beiträge zur Unfall- und Haftpflichtversicherung für das Betreuungspersonal und für teilnehmende Schüler;

5.2.4 bei Lehrgängen

5.2.4.1 Fahrtkosten sowie Tage- und Übernachtungsgelder

- für Lehrgangsteilnehmer
- für Lehrgangsleiter, Tagungsleiter, Referenten und Lehrkräfte

nach den jeweils geltenden Sätzen der Förderungsrichtlinien für den Bayerischen Landes-Sportverband e. V. (siehe Abschnitt H Nr. 3.2.1 Spiegelstrich 1 und 2 der Bekanntmachung vom 30. September 1997, KWMBI I S. 298);

5.2.4.2 Honorare

- für Lehrgangsleiter, Tagungsleiter, Referenten und Lehrkräfte

nach den jeweils geltenden Sätzen der Förderungsrichtlinien für den Bayerischen Landes-Sportverband e. V. (siehe Abschnitt H, Nr. 3.2.1 Spiegelstrich 3 der Bekanntmachung vom 30. September 1997, KWMBI I S. 298);

5.2.5 Verwaltungskostenpauschale in Höhe von 8 % der förderfähigen Kosten nach Nr. 5.2.1 bis Nr. 5.2.4.

6. Konkurrenzregelung

6.1 Mehrfachförderung

Übungsveranstaltungen, Vergleichswettkämpfe und Lehrgänge können mit staatlichen Mitteln aus diesem Förderungsprogramm (aus dem Kultushaushalt) nur dann gefördert werden, wenn für die jeweilige Maßnahme nicht noch andere Mittel des Freistaates Bayern in Anspruch genommen werden (Verbot der Mehrfachförderung).

6.2 Mischfinanzierung

Eine Parallelförderung aus öffentlichen Mitteln anderer Rechtsträger (z. B. Bund, Bezirk, Landkreis, Gemeinde) ist im Verhältnis zur staatlichen Förderung dann und insoweit unschädlich, als damit die Ausgaben durch die Einnahmen nicht überschritten werden.

Im Überschreitungsfall sind die staatlichen Leistungen entsprechend zu kürzen.

6.3 Rehabilitationsträger

Eine Förderung einzelner Teilnehmer aus diesem Programm erfolgt nicht, soweit eine Kostenübernahme durch einen Rehabilitationsträger (Krankenkassen, Unfallversicherung, Rentenversicherung) in Betracht kommt.

II. Verfahren

7. Antragsverfahren

7.1 Antragsberechtigung

7.1.1 Berechtigt, Anträge nach diesem Förderungsprogramm zu stellen, sind die örtlichen Träger, die Übungsgruppen für behinderte Schüler eingerichtet und die Zulassung (siehe Nr. 7.1.2) erhalten haben. Bei der Einrichtung solcher Übungsgruppen sollen die betreffenden Vereine mit den örtlichen Behörden und Stellen zusammenarbeiten (Gemeinde, Schule, Jugendamt, Gesundheitsamt, Sportarzt usw.).

7.1.2 Die Zulassung zur Einbeziehung von Übungsgruppen für behinderte Schüler in das Förderungsprogramm ist durch den örtlichen Träger beim BVS unter Darlegung der für die Förderung maßgeblichen Gegebenheiten (siehe Nr. 4 und 5) zu beantragen.

Der BVS prüft, ob die persönlichen bzw. personellen und sachlichen Voraussetzungen zur Übernahme in das Förderungsprogramm vorliegen. Die Zulassung ist vom Einvernehmen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus abhängig, wenn der für neue Gruppen im genehmigten Kostenvoranschlag des BVS vorgesehene Betrag überschritten wird.

7.1.3 Die Antragsberechtigung gegenüber dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus hinsichtlich des jeweiligen Jahresbedarfs an Staatsmitteln zur Durchführung dieses Förderungsprogramms auf Landesbasis steht ausschließlich dem BVS zu, der die zugelassenen Übungsgruppen in einer Sammelliste zusammenfasst.

7.2 Antragsunterlagen

7.2.1 Der BVS stellt einen schriftlichen Sammelantrag in doppelter Fertigung zur Durchführung des jährlichen Förderprogramms auf Landesbasis.

7.2.2 Der Sammelantrag umfasst den Jahresbedarf und besteht aus 2 Teilen, nämlich

- der Sammelliste über die zugelassenen Übungsgruppen (vgl. Nr. 7.1.3),
- dem Kostenplan.

Der Kostenplan ist summarisch nach den einzelnen Kostenarten im Sinne von Nr. 5.2 der Richtlinien zu gliedern und ggf. zu erläutern.

7.3 Antragsfrist

Der Sammelantrag des BVS ist zu Beginn eines jeden Jahres bis 31. **Januar** direkt beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus einzureichen.

8. Bewilligung und Abwicklung

8.1 Verfahren auf Ministerialebene

8.1.1 Der eingereichte Sammelantrag des BVS bildet nach Prüfung und Genehmigung durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Zahlungsgrundlage für das laufende Jahresprogramm. Das Programm kann aus sachlichen oder finanziellen Gründen eingeschränkt werden.

8.1.2 Auf der Grundlage des genehmigten Kostenplans für ein Kalenderjahr kann der BVS Abschlagszahlungen zum Zwecke der laufenden Abwicklung des Programms beantragen. Unabweisbare Kostensteigerungen sind dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus unverzüglich mitzuteilen. Anträge auf Abschlagszahlungen sind formlos beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu stellen und sollen den Bedarf eines Vierteljahres nicht übersteigen.

8.2 Verfahren auf Verbandsebene

8.2.1 Die örtlichen Träger stellen für ihre zugelassenen Übungsgruppen vierteljährliche Auszahlungsanträge. Die Auszahlungsanträge bestehen aus 3 Teilen, nämlich

- einer Aufstellung über die durchgeführten Übungsveranstaltungen, aus der Übungsprogramm, Übungstag, Übungsdauer und Teilnehmerzahl hervorgehen müssen; die einzelnen Übungsver-

anstaltungen sind in einer entsprechenden Spalte der Aufstellung jeweils von den anwesenden Übungsleitern und vom ggf. anwesenden Sportarzt unterschriftlich zu bestätigen;

- einer Quartalszusammenstellung, aus der die Personalien des Sportarztes, des Übungsleiters sowie die angefallenen Kosten für den Personal- und Sachaufwand der Übungsveranstaltungen hervorgehen müssen; mit Ausnahme der Honorare (die sich aus der Aufstellung gemäß dem Text neben dem ersten Spiegelstrich dieser Nummer errechnen) sind alle Kosten zu belegen;

- einer Verpflichtungserklärung folgenden Inhalts:

„1. Die Richtigkeit vorstehender Angaben wird versichert. Es ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung der beantragten staatlichen Leistung nicht besteht und dass diese nur dann genehmigt werden kann, wenn ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

2. Die staatliche Leistung ist unverzüglich in voller Höhe zurückzuzahlen, wenn sie zu Unrecht, insbesondere durch unzutreffende Angaben erlangt wurde.

3. Falls für denselben Zweck öffentliche Mittel anderer Stellen in Anspruch genommen werden (vgl. Nr. 6 der Richtlinien), ist dies dem Bayerischen Versehrtensportverband e.V. bzw. dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus umgehend anzuzeigen.

4. Der örtliche Träger ist damit einverstanden, dass die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der staatlichen Leistungen sowie die Einhaltung der Bewilligungsbedingungen durch Besichtigung an Ort und Stelle bzw. durch Einsichtnahme in Bücher und Belege geprüft werden können vom

- Bayerischen Versehrtensportverband e.V.
- Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Bayerischen Obersten Rechnungshof.

Die Prüfung kann durch diese Stellen selbst oder auch durch deren Beauftragte vorgenommen werden.

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift des antragstellenden Trägers)“

8.2.2 Die vierteljährlichen Auszahlungsanträge (Nr. 8.2.1) sind durch die örtlichen Träger beim BVS einzureichen. Der BVS kann für die Auszahlungsanträge nach Nr. 8.2.1 einheitliche Formblätter einführen.

8.2.3 Der BVS zahlt auf der Grundlage der nach Nr. 8.2.1 eingereichten Unterlagen die sich nach diesen Richtlinien ergebenden staatlichen Leistungen quartalsweise an die örtlichen Träger aus.

8.2.4 Für die kostenmäßige Abwicklung der 4. (letzten) Quartalsrate eines Jahres wird zugelassen, dass diese innerhalb von 2 Monaten des folgenden Jahres durch den BVS an die örtlichen Träger ausgezahlt wird (Auslaufzeitraum).

Bei der Auszahlung dieser letzten Rate sind ggf. notwendige Zahlungskorrekturen aus den vorhergehenden Quartalen auszugleichen.

9. Abrechnung

9.1 Verwendungsnachweis

9.1.1 Der BVS erstellt am Schluss jeden Jahres einen Verwendungsnachweis über die staatlichen Gesamtleistungen auf Landesbasis dieses Förderungsprogramms. Der Verwendungsnachweis besteht aus 2 Teilen, nämlich

- dem **Sachbericht** und
- dem **zahlenmäßigen Nachweis**.

Im **Sachbericht** sind die Maßnahmen kurz zu beschreiben; ferner ist eine zusammengefasste Gesamtabrechnung für alle geförderten Maßnahmen darzustellen und zwar in Einnahmen und Ausgaben.

Der **zahlenmäßige Nachweis** ist nach Maßnahmen zu gliedern, wobei die entstandenen Kosten jeweils nach Kostenarten in Spalten nebeneinander gemäß Nr. 5.2 aufzuschlüsseln sind.

Die Vorgänge über die Vierteljahresauszahlungen an die örtlichen Träger (siehe Nr. 8.2) sind auf Anforderung als Belegmaterial dem zahlenmäßigen Nachweis beizufügen.

9.1.2 Der Gesamtverwendungsnachweis ist in doppelter Fertigung beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus bis spätestens **1. Mai** des auf die Bewilligung folgenden Jahres samt dem angeforderten Belegmaterial einzureichen.

9.2 Verwaltungsprüfung

9.2.1 Die Verwaltungsprüfung des Verwendungsnachweises obliegt dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

9.2.2 Führt die Verwaltungsprüfung des Verwendungsnachweises zu Beanstandungen, aus denen sich **Überzahlungen** ergeben, so sind

diese Überzahlungen durch Aufrechnung bei den Leistungszuweisungen für das folgende Jahr auszugleichen.

Ergibt sich aus dem Verwendungsnachweis die Notwendigkeit von **Nachzahlungen**, so sind diese umgehend durch Überweisung an den BVS zu erledigen.

9.2.3 Nach Durchführung der Verwaltungsprüfung ist eine Ausfertigung des mit den Prüfungsvermerken versehenen Verwendungsnachweises (bestehend aus dem Sachbericht und dem zahlenmäßigen Nachweis) der Staatsoberkasse München als der rechnungslegenden Stelle zuzuleiten.

Das mit dem Verwendungsnachweis angeforderte Belegmaterial (vgl. Nr. 9.1.1) ist nach Abschluss der Verwaltungsprüfung dem BVS zur Aufbewahrung zurückzusenden. Die Aufbewahrungsdauer beträgt mindestens 5 Jahre, sofern sich nicht aus steuerrechtlichen oder sonstigen Gründen eine längere Aufbewahrungsfrist ergibt.

9.3 Rechnungsprüfung

9.3.1 Unabhängig von der Verwaltungsprüfung hat der Oberste Rechnungshof ein gesetzliches Prüfungsrecht nach Art. 91 BayHO.

Der Oberste Rechnungshof kann die Rechnungsprüfung entweder selbst vornehmen oder durch die ihm nachgeordneten staatlichen Rechnungsprüfungsämter durchführen lassen (Art. 88 Abs. 1 BayHO).

9.3.2 Wenn die Verwaltungsprüfung nach Nr. 9.2 zu keinen Beanstandungen führt, so schließt dies Prüfungserinnerungen im Wege der Rechnungsprüfung nicht aus. Im Übrigen können sich aus der Rechnungsprüfung die gleichen Folgerungen ergeben wie aus der Verwaltungsprüfung (vgl. Nr. 9.2.2).

10. Schlussbestimmungen

10.1 Aufgabenübertragung

Die Aufgaben und Zuständigkeiten des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aus diesen Richtlinien können ganz oder teilweise auf die Landesstelle für den Schulsport übertragen werden.

10.2 Änderung von Vorschriften

Soweit in diesen Richtlinien Gesetze, Verordnungen oder sonstige Vorschriften genannt sind, ist für diesen Förderungsbereich immer die neueste Fassung maßgebend, ohne dass es einer ausdrücklichen Änderung dieses Richtlinien textes bedarf.

10.3 In-Kraft-Treten

Diese Richtlinien werden im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und nach Anhörung des Obersten Rechnungshofs erlassen. Sie treten mit Wirkung vom 1. Janu-

ar 2005 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft. Mit Ablauf des 31. Dezember 2004 treten die Richtlinien für die Förderung der sportlichen Betreuung behinderter Schüler in Bayern vom 12. April 1983 (KMBI I S. 112, StAnz Nr. 17), geändert durch Bekanntmachungen vom 16. Juni 1994 (KWMBI I S. 206, StAnz Nr. 26) und 1. März 2001 (KWMBI I S. 74, StAnz Nr. 11), außer Kraft.

Dr. Berggreen-Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2005 S. 119
StAnz 2005 Nr. 15

223011.114-UK

Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 5. April 2005 Nr. III.6-5 S 1321.1-5.28 258

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit * gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Kunsterziehung

Wolf im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

***Kunst und wir**, v. Kohlmeier u. a.:

4: BN 70204, 1. Aufl. 05, 13,60 €, ZN 236/04-V (15.4.05)

Hauptschule

Mathematik

Schroedel Verlag, Braunschweig:

***Mathe aktiv**, Bayern:

6: hrsg. v. Wynands, BN 44056, Aufl. 05/Dr.A1, 16,50 €, ZN 8/05-V (15.4.05)

M 7: hrsg. v. Bauhoff/Wynands, BN 44051, Aufl. 05/Dr. A1, 16,95 €, ZN 226/04-V (15.4.05)

Realschule

Kunsterziehung

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***Kunst entdecken**, hrsg. v. Grünewald:

2: BN 642801, 1. Aufl. 03,18,95 €, ZN 31/05-R6 (15.4.05), zugl. **ab** Jgst. 7

Gymnasium

Biologie

Schroedel Verlag, Braunschweig:

***Materialien S II · Biologie:**

Genetik: hrsg. v. Baron u. a., BN 10910, Aufl. 04/Dr.A2, 18,50 €, ZN 32/05-G9 (15.4.05), zugl. **ab** Jgst. 12, befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11

Kunst

Schroedel Verlag, Braunschweig:

***Grundkurs Kunst**, hrsg. v. Klant/Walch:

4: Aktion – Kinetik – Neue Medien, BN 10013, Aufl. 04/Dr.A2, 18,50 €, ZN 38/05-G9 (15.4.05), **ab** Jgst. 11, befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11

Latein – Lehrbücher

Oldenbourg Schulbuchverlag, München/

C.C. Buchners Verlag, Bamberg/

J. Lindauer Verlag (Renate Schaefer), München:

***Cursus – Texte und Übungen**, Ausg. B, hrsg. v. Maier/Brenner, zugl. f. Lat. als 2. FS:

2: BN 80852, 1. Aufl. 05, 15,80 €, ZN 17/05-G8 (15.4.05), zugl. f.d. Jgst. 7

***Cursus – Begleitgrammatik**, Ausg. B, hrsg. v. Maier/Brenner, zugl. f. Lat. als 2. FS:

2: BN 80882, 1. Aufl. 05, 8,80 €, ZN 17/05-G8 (15.4.05), zugl. f.d. Jgst. 7

Berufliche Schulen

Berufsschule

Sozialkunde

Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Perspektiven**, v. Ehlers u. a., BN 06633, 2. Aufl. 05, 19,10 €, ZN 309/01-B (15.4.05)

**Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige
Lernmittel**

Allgemein bildende Schulen

Hauptschule

Mathematik

Schroedel Verlag, Braunschweig:

***Mathe aktiv – Arbeitsheft mit CD-ROM**, v. Graefe
u.a:

5: BN 44071, Aufl. 05/Dr. A1, 7,50 €, ZN 7/05-V
(15.4.05); die Zulassung beschränkt sich nur auf das
gedruckte Arbeitsheft

6: BN 44072, Aufl. 05/Dr. A1, 7,50 €, ZN 12/05-V
(15.4.05); die Zulassung beschränkt sich nur auf das
gedruckte Arbeitsheft

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am
15. April 2005 in Kraft.

E r h a r d
Ministerialdirektor